

Digitalpolitik

Unterstützung für Digitalisierungsvorhaben ist gewachsen

Und sie bewegt sich doch: Die Schweiz hat in den letzten Jahren wichtige digitalpolitische Weichenstellungen vorgenommen. Die Ergebnisse der Digitalisierungsmonitor-Befragung 2023 zeigen, wie sich die Einstellungen von Personen in der Politik verändert haben.

In Ländervergleichen wie dem «eGovernment Benchmark» der EU schneidet die Schweiz selten besonders gut ab. Es liegt nahe, den Grund dafür in der sehr kleinteiligen Organisation der Schweiz zu suchen – gerade auch im Vergleich zu ähnlich grossen, aber digitalpolitisch erfolgreicher Staaten wie z. B. Dänemark oder Österreich. Unter politisch aktiven Personen hat mit der Pandemie-Erfahrung aber ein Umdenken eingesetzt (vgl. «Digital Literacy», S. 36). Das Potenzial digitaler Lösungen wurde in der Krisensituation augenfällig. Dass seither ein grösseres Verständnis nicht nur für mehr Digitalisierung, sondern auch für mehr digitale Nachhaltigkeit eingesetzt hat, lässt sich am Digitalisierungsmonitor 2023 ablesen. Es handelt sich dabei um eine Befragung von Kandidierenden für die nationalen Wahlen 2023 zu digitalpolitischen Themen.

Akzeptanz von 5G-Technologie deutlich zugenommen

In allen Parteien sieht heute eine deutliche Mehrheit in der digitalen Entwicklung mehr Chancen als Risiken. Vor den Wahlen von 2019, also ein halbes Jahr vor der Pandemie, war bei derselben Frage insbesondere in den Reihen links-grüner Parteien die Skepsis noch sehr viel grösser. Ebenfalls fast nur mit der Pandemie zu erklären sind die Unterschiede bei der Frage nach einem

ausgebauten 5G-Mobilfunknetz in der Schweiz: Mit Ausnahme der Grünen geben 2023 bei allen grösseren Parteien mehr als 80 Prozent an, dass sie diese moderne Funktechnologie begrüessen. Vier Jahre zuvor waren in allen Parteien die ablehnenden Stimmen noch deutlich stärker. Vielen dürfte in der Zwischenzeit klargeworden sein, wie wichtig eine ausgebaute Infrastruktur für ein effizientes Arbeitsumfeld ist (vgl. «Nachhaltige Digitalisierung», S. 12).

Hohe Akzeptanz von Open Government Data und Open Source Software

In den Jahren zwischen 2019 und 2023 wurden im Bund zahlreiche neue Digitalisierungsgesetze behandelt wie z. B. das «Gesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben» (EMBAG), das neu aufgegleiste E-ID-Gesetz, das Informationssicherheitsgesetz (ISG) und das sich in der Pipeline befindliche Mobilitätsdateninfrastrukturgesetz (MODIG, vgl. «Digitaler Service Public», S. 8). Und auch auf kantonaler Ebene kam einiges ins Rollen, so z. B. das Gesetz über die digitale Verwaltung im Kanton Bern (DVG). Diese digitalpolitischen Fortschritte spiegeln sich auch in den Auswertungen des Digitalisierungsmonitors wider: Im Bereich der Cybersicherheit und der digitalen Souveränität befürworten überdeutliche Mehrheiten in allen Parteien sowohl das neue Informationssicherheitsgesetz (ISG) als auch, dass nicht-öffentliche Schweizer Behördendaten zwingend auf im Inland angesiedelten und von hiesigen Firmen betrie-

benen Servern gespeichert werden sollten (vgl. «Digitale Souveränität», S. 46). Auch dass öffentliche Stellen bei der Software-Beschaffung Open-Source-Lösungen bevorzugen und bei Eigenentwicklungen diese unter einer Open-Source-Lizenz verfügbar gemacht werden sollten, ist gemäss der Befragung im Grundsatz weitgehend unbestritten (vgl. «Open Source Software», S. 52.) Kaum verwunderlich, dass auch die Forderung nach der Freigabe von Open Government Data (S. 38) in allen Parteien mehrheitlich Anklang findet.

Diese Ergebnisse stimmen aus digitalpolitischer Sicht optimistisch. Dennoch ist die Schweiz noch weit davon entfernt, als digitale Pionierin gelten zu können. So fand sich im Rahmen des Digitalisierungsmonitors 2023 in keiner Partei eine Mehrheit dafür, dass die Verwaltung zum «Digital Only»-Prinzip übergehen sollte. Und auch die erwähnten Gesetzesgrundlagen müssen ihre Wirkung in Praxis erst entfalten. Es wird also noch einige Zeit vergehen, bis die Schweiz in den Benchmarks auf den vorderen Plätzen zu finden sein wird.

Unsere Empfehlungen



1. Positive Stimmung für Digitalisierungsprojekte nutzen

Öffentliche Stellen sollten die gestiegene Technologieakzeptanz nutzen und mutige Digitalisierungsvorhaben starten.

2. Bevölkerung über die Mehrwerte informieren

Auch wenn die Zustimmung zur Digitalisierung gewachsen ist, muss der Nutzen der jeweiligen Projekte weiterhin klar aufgezeigt und kommuniziert werden.

3. Open-Prinzipien fördern

Open Government Data und Open Source Software beginnen sich zu etablieren und sollten mittels konkreter, nutzenstiftender Projekte zusätzlich gezielt gefördert werden.

Mehr Informationen



Kontaktmöglichkeiten
und weitere Informationen
zu Digitalpolitik:
bfh.ch/ipst/digitalpolitik

Kontakt



Dr. Daniel Schwarz Badertscher

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

daniel.schwarzbadertscher@bfh.ch

T +41 31 848 41 46



Prof. Dr. Matthias Stürmer

Institutsleiter

matthias.stuermer@bfh.ch

T +41 31 848 41 68